

Haushaltsrede DHH 2017/2018

Stadtrat Eduardo Mossuto für Gemeinsam für Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz,
geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns bei Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister und Ihnen, Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz, für Ihre transparenten und perspektivischen Haushaltsreden bedanken, welche uns Stadträtinnen und Stadträten eine große Hilfe waren.

Sie waren nicht nur transparent und perspektivisch, sondern sie enthalten auch kluge Gedanken.

Unser Dank geht auch an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, ohne die eine solche Vorlage nicht möglich gewesen wäre.

Ich habe die Hoffnung,
und wir von Gemeinsam für Karlsruhe sind davon überzeugt,
dass der DHH 2017/2018 erfolgreich sein kann,
wenn dieser Gemeinderat die finanziellen Bedingungen sichert
und die Verwaltung ihn beherzt in die Tat umsetzt.

Wir von Gemeinsam für Karlsruhe haben für unsere Stadt die **Vision**,
dass sie wirtschaftlich blüht, und
dass hier die Menschen Arbeit und ein gutes Einkommen haben
und in bezahlbaren Wohnungen leben.

Karlsruhe muss eine soziale Stadt bleiben und weiter werden, in der die
Bürgerschaft in den Stadtteilen sich gegenseitig hilft, die Menschen sich
beheimatet fühlen
und in der den Schwachen geholfen wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

**In meinen Ausführungen werde ich mich hauptsächlich auf 2
wesentliche komplexe Themen beschränken.**

**Erstens zur Transparenz der Finanzlage. Zweitens zu den Perspektiven
einer „modernen Verwaltung“.**
Zunächst zum ersten Punkt:

Wie aus den Ausführungen von Frau Luczak-Schwarz zu entnehmen ist,
befindet sich der DHH 2017/2018 auf dünnem Eis

und darüber hinaus bis 2020 auf sehr dünnem Eis.

Wir werden in den Jahren 2017 und 2018 ein Haushaltsvolumen im Umfang von 2,53 Milliarden mit einem Plus von ca. 34 Millionen bewegen. Damit können wir bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen.

Allerdings zeichnet sich spätestens Ende 2020 ein finanzielles Waterloo ab, wenn wir nicht gegensteuern.

Auch wenn bis 2018 ein positives Ergebnis von 34 Millionen als erreichbar erscheint, ist dies ohne Zweifel kein „stolzes Ergebnis“ das uns zufrieden stellen könnte.

Entspricht es gemessen am Gesamthaushalt lediglich einem prozentualen Anteil von 1,6% mit fallender Tendenz.

Wie in der Privatwirtschaft von größter Wichtigkeit, sollte es auch in der Kommune von größter Wichtigkeit sein, für einen ausgeglichenen Cash Flow und ausreichenden Spielraum für neue Investitionen zu sorgen. Und das zwingend über den Zeitpunkt 2018 hinaus.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

nur so können wir sicherstellen, dass die ehrgeizigen Planungen zur Sicherung der Lebensqualität und des Wachstums unserer Stadt nachhaltig gewährleistet werden.

Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz geht in ihren Ausführungen auf viele Punkte ein, die verbesserungswürdig sind oder dringendst umgesetzt werden müssen um einen ausgeglichen Haushalt nicht nur für den Doppelhaushalt 2017/2018 zu erreichen, sondern auch darüber hinaus bis 2020, was wir speziell der jüngeren Generation schulden.

Wir beschränken uns nachfolgend auf die aus unserer Sicht wichtigsten Punkte was nicht bedeutet, dass andere Punkte weniger wichtig sind.

In der Verwaltung werden aktuell 6111 Menschen beschäftigt. Damit zählt die Stadt zu den größten Arbeitgebern der Region. Gleichzeitig werden ca. 400 Menschen in den Ruhestand gehen.

Kommt es trotz Sparkurs zu neuen Einstellungen, muss dies vorher genau geprüft werden.

Das Ergebnis der zahlreichen Neueinstellungen hat ergeben, dass wir in den Jahren 2017 und 2018 für Löhne und Gehälter unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ca. 664,8 Millionen Euro aufwenden müssen.

Tendenz steigend.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

hier müssen wir uns alle die Frage stellen, ob nicht zunächst ein **Einstellungsstopp** erfolgen sollte.

Darüber hinaus unabdingbare Einstellungen sollten unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden und einem Vetorecht der Finanzbürgermeisterin unterliegen!

Neue Einstellungen sollten nur im Rahmen der Personalfluktuation oder aufgrund von **Pensionierungen** erfolgen.

Aus unserer Sicht wäre das ein großer Schritt in Richtung ausgeglichenem Haushalt und Erhöhung des Cash Flow.

Wir unterstützen Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz ausdrücklich, wenn sie anmahnt, dass auch die Kommune beim Umgang von Soll und Haben wie ein vorsichtiger Kaufmann **kalkulieren muss**, wie es im HGB sehr deutlich definiert ist und was in der Privatwirtschaft quasi die Präambel für den Umgang mit Geld ist.

Der zweite Themenkomplex, betrifft die Perspektiven einer „modernen Verwaltung“

Überfällig ist die Schaffung von flachen Strukturen in der Verwaltung, wie Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, **es bereits** begonnen haben.

So hatten Sie in Ihrer Rede erwähnt, dass sie einen Schwerpunkt für eine moderne Verwaltung darin sehen, neue Prozesse für die Zukunft in den **nächsten Jahren** aufzustellen.

Sie haben dafür aber nicht Jahre zur Verfügung, da die „Steigerung“ der Aufwendungen nach dem DHH 2017/2018 viel höher liegen werden als die Erträge.

Es gilt den Ablauf der Kostenentwicklung zu ändern.

Die Erträge müssen höher als die Aufwendungen **sein**, die Entwicklung muss harmonisch verlaufen und die Finanzlage muss konsolidiert werden.

Im Jahr 2017 muss die Verwaltungsreform stehen!

In dem Zeitfenster von 2018 bis 2020 muss daher dringendst „gegengesteuert“ werden.

Einsparungen durch ein zusätzliches Maßnahmenpaket 2, Reduzierung der Personalausgaben und der Sachkosten reichen nicht aus um im Jahr 2020 ein Waterloo zu vermeiden.

Zu einer modernen Verwaltung gehören nicht nur die von Ihnen erwähnte Verbesserung der Abläufe durch Einsatz neuer Hard- und SoftWare-Technik, transparente Information und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Erneuerung der Mannschaft.

Dazu gehören unserer Meinung nach auch Dezernat übergreifende flache Strukturen in welchen die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstverantwortlich handeln.

Das führt zu mehr Motivation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, was synergieeffektiveres Arbeiten mit sich bringt und sich positiv auf die Personalentwicklung auswirkt.

Als Beispiel **wäre** hier die Telefonnummer 115 zu nennen die mittlerweile ein Selbstläufer ist, oder die ämterübergreifende Zusammenarbeit beim Wildparkstadion.

Es bedarf der verstärkten Umsetzung der Verwaltungs- und der „Struktur-Reform“.

Zur Struktur-Reform und den Investitionen:

Die Kalkulation der Kombilösung seinerzeit zeigt uns nur zu deutlich, worin sich die Kalkulationen der Kommunen und der Privatwirtschaft unterscheiden.

Eine derartige Kostenexplosion hätte es in der Privatwirtschaft nicht gegeben.

Weitgehende ungedeckelte Kalkulationen bei großen Projekten werden wir uns nicht mehr leisten können. Kaum anzunehmen, dass das Regierungspräsidium da zukünftig mitspielen würde.

Die Sozialkosten teilen sich auf in freiwillige Leistungen

und vorgegebene gesetzliche Leistungen.

Bei den gesetzlichen Leistungen besteht kein Sparpotential.
Sie müssen per Gesetz umgesetzt werden.

Anders ist das bei den freiwilligen Leistungen.

Hier stehen wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern
in der Verantwortung danach zu entscheiden,
was für sie wichtig ist und nicht danach zu entscheiden,
was Lobbyisten durchsetzen wollen.

Hier sehen wir Möglichkeiten von Einsparungen
ohne die Qualität von Leistungen zu schmälern.

Wir dürfen nicht mehr einzelne Angebote
von verschiedenen Trägern finanzieren,
sondern stellen für bestimmte Aufgabenfelder
Gelder zur Verfügung.

Eine Bündelung von gleichen Angeboten
bei Ansiedlung nur eines Verbandes würden Synergieeffekte freisetzen.
Durch eine jährliche Kontrolle wären in Zukunft
weitere Einsparungen möglich.

Den Forderungen durch immer neue Projekte
und damit immer mehr Kosten würde damit ein Riegel vorgeschoben.

Die Poolbildung bei der Flüchtlingshilfe sei hier als gutes Beispiel genannt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

weiterhin geht es um Investitionen in die Zukunft ,
und die lassen sich nicht in 5-Jahresschritten messen,
also von einer Gemeinderatswahl
bis zur nächsten Gemeinderatswahl.

Das sind Schritte, die sich von dem Zeitpunkt errechnen,
wo ein Kind geboren wird und wo es nach seiner schulischen Ausbildung
einen möglichst wertvollen Berufsabschluss erreicht und damit
für die Gesellschaft zu **einer** höchst interessanten Stütze und
Steuerzahler wird. Also auch hier ein hocheffizienter Synergieeffekt.

So wären Einsparungen bei Kindertagesstätten,
Schülerhorten,
im Schulwesen,

bei Jugendtreffs bis hin zur eventuellen Schulsozialarbeit fatal und ein absolut falsches Signal.

Wir müssen in die Zukunft investieren und da ist eine Investition in die Bildung alternativlos.

Und in die Zukunft investieren bedeutet auch, dafür „Geld in die Hand zu nehmen“ und keine Einsparungen vornehmen, um damit noch mehr in unsere Zukunft zu investieren.

Alle, die mehr Geld wollen für ihre Projekte, werden ähnlich argumentieren. Da wir aber kein Geld für „Alles“ haben, müssen wir Prioritäten setzen.

Und da betrachten wir von Gemeinsam für Karlsruhe die Bildung als Priorität Nummer 1.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren,

ist weiterhin wichtig und priorisierend die Schaffung von Wohnraum, um das soziale Miteinander in den Quartieren zu steigern.

Konflikte sind vorprogrammiert. Wir Stadträtinnen und Stadträte dürfen uns der öffentlichen Diskussion nicht entziehen. Hier ist kein Platz für Populismus und für Klientelpflege.

So müssen für den Wohnungsbau dringendst Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Für Firmenneugründungen und Start-up-Unternehmen müssen dringendst bürokratische Hemmschwellen abgebaut werden.

Hier handelt es sich oftmals um junge dynamische Menschen mit hervorragenden Ideen. Dies ist gerade in den drei Bereichen IT, Energie und Mobilität wichtig.

Kurzgefasst sind dies für Gemeinsam für Karlsruhe folgende wichtigen zwei Positionsbereiche:

Erstens, von der Sparpolitik erwarten wir:

- 1 Das erste Maßnahmenpaket ist der erste Schritt. Hier wurden eigentlich nur freiwillige Leistungen und einige Bereiche kosmetisch bearbeitet.

- 2 Wir erwarten eine konsequente Verwaltungsreform, die sich von der hierarchischen Ämterstruktur abkehrt und interdisziplinär zusammenarbeitet.
- 3 Wir wünschen uns Einsparungen mit Augenmaß, wobei ein ausgeglichener Haushalt ohne Alternative ist.

Zweitens, für die Vision und den Investitionen:

- 1 Wir wollen eine Stadt, die wirtschaftlich blüht und in der die Menschen Arbeit und ein gutes Auskommen haben, sowie einen für Jedermann erschwinglichen Wohnraum.
- 2 Ein soziales Miteinander in den Stadtteilen, wo neu hinzuziehende Menschen ihre Heimat finden können.
- 3 Wo den Schwachen geholfen wird damit sie auf die eigenen Beine kommen und wie andere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Wir von Gemeinsam für Karlsruhe sind überzeugt, den Traum von einem ausgeglichen Haushalt und nachhaltig positiven Auswirkungen bis zum Jahr 2020 hinzubekommen, wenn wir alle an einem Strang ziehen und parteipolitische Denkweisen zurückstellen.

Nur im gemeinsamen Handeln und mit einer Vision von einem blühenden Karlsruhe vor Augen, können wir diese Veränderungen und Investitionen hinbekommen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat unserer Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz, dem eigentlich nichts hinzuzufügen ist:

Zitat:

„Wir dürfen den nachfolgenden Generationen nur die Schulden aufladen, die wir uns auch leisten können. Zudem müssen im **Ergebnishaushalt** die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge ausgeglichen werden – und zwar in jedem Haushaltsjahr.“

Zitatende.

Wir wünschen Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und Ihnen, Frau
Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz,
Erfolg, viel Mut und Weitblick.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Eduardo Mossuto